



Europäischer Wirtschafts-  
und Sozialausschuss

# STELLUNGNAHME

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

## Thematische Partnerschaften im Rahmen des Abkommens von Ljubljana

Thematische Partnerschaften im Rahmen des Abkommens von Ljubljana  
[Sondierungsstellungnahme]

ECO/588

Berichterstatter: **David SVENTEK**  
Ko-Berichterstatter: **Florian MARIN**

[www.eesc.europa.eu](http://www.eesc.europa.eu)

DE

Befassung	Rat – Tschechischer Ratsvorsitz, 26/01/2022
Rechtsgrundlage	Artikel 304 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Zuständige Fachgruppe	Fachgruppe Wirtschafts- und Währungsunion, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt
Annahme in der Fachgruppe	09/09/2022
Verabschiedung auf der Plenartagung	21/09/2022
Plenartagung Nr.	572
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen)	190/1/4

## 1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

- 1.1 Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) unterstützt nachdrücklich die im Abkommen von Ljubljana enthaltenen Erklärungen zur EU-Städteagenda und begrüßt insbesondere die starke Konzentration auf Partnerschaften sowie Multi-Level- und Multi-Stakeholder-Konzepte bei der nachhaltigen Stadtentwicklung.
- 1.2 Thematische Partnerschaften sollten zu konkreten und nachhaltigen Maßnahmen und Ergebnissen führen, die über die Partnerschaften selbst hinausreichen. Dabei gilt es, stets zu prüfen, ob die Ergebnisse nicht auf andere Mitgliedstaaten, Regionen, Städte oder Sektoren übertragen werden können. Die territoriale Verteilung und geografische Ausgewogenheit dieser Möglichkeiten sollte überwacht werden, um sicherzustellen, dass auch schutzbedürftige Regionen und Städten davon profitieren können.
- 1.3 Die EU-Städteagenda und die Kohäsionspolitik könnten enger miteinander verknüpft werden. Obwohl es sich um zwei getrennte Strategien und Initiativen mit unterschiedlichen Zielen und Rahmenbedingungen handelt, dürften Synergien bestehen. Es bedarf miteinander verknüpfter Instrumente für eine kohärentere Unterstützung der Städte im Rahmen der Kohäsionspolitik. Zudem ist eine sektorübergreifende und interinstitutionelle Zusammenarbeit und Integration auf strategischer und operativer Ebene erforderlich. Thematische Partnerschaften sollten künftig mehr Legitimität erhalten.
- 1.4 Für die Kommunalverwaltungen kleiner und mittlerer Städte und ihre kontinuierliche Einbeziehung in die Städteagenda ist es unabdingbar, über vorhersehbare und finanziell unterstützte Mechanismen sowie über eine angemessene Finanzierung zu verfügen.
- 1.5 Nach Ansicht des EWSA müssen die Kriterien für die Auswahl von Partnern für thematische Partnerschaften spezifischer, offener und inklusiver sein. Beim Auswahlverfahren sollte nicht die Möglichkeit vernachlässigt werden, die Sozialpartner und zivilgesellschaftlichen Organisationen neben den städtischen Behörden in diesen Prozess einzubinden. Es ist wichtig, die Ex-ante-Bewertung für die Ökologisierung der Städte und den nachhaltigen Tourismus zu berücksichtigen.
- 1.6 Die Arbeitsbedingungen, berufliche Planungssicherheit und der Zugang zu hochwertigen Arbeitsplätzen, Chancengleichheit und angemessenen Löhnen sollten bereichsübergreifend angegangen werden. Dabei sollte allen Formen des Dialogs mit und der Konsultation von Interessenträgern, wie dem sozialen Dialog, dem zivilgesellschaftlichen Dialog und Bürgerkonsultationen, Rechnung getragen werden.
- 1.7 Der EWSA schlägt vor, auf einen Bottom-up-Ansatz, thematische Cluster, thematische Netze und Netze zur Entwicklung maßgeschneiderter und ortsbezogener Lösungen abzustellen und daneben insbesondere kleinen und mittleren Städte die Möglichkeit zu bieten, bestehende thematische und Städte-Netzwerke zu nutzen.

- 1.8 Die Rolle des EWSA bei der Governance der EU-Städteagenda und des Abkommens von Ljubljana könnte gestärkt werden. Darüber hinaus sollte der EWSA sowohl der Gruppe für städtische Entwicklung als auch der technischen Vorbereitungsgruppe für die Städteagenda angehören sowie in die Sitzung der Generaldirektoren zu städtischen Angelegenheiten einbezogen werden.
- 1.9 Partizipative Demokratie, die Ökonomie des Wohlergehens in Städten und Stadt-Land-Verbindungen könnten weitere, im Rahmen thematischer Partnerschaften anzugehende Themen sein, wobei besonderes Augenmerk auf die Jugend gelegt werden sollte.
- 1.10 Der EWSA bekräftigt seinen Vorschlag, ein spezifisches Sekretariat für die Verbesserung der Effizienz und Wirksamkeit der thematischen Partnerschaften einzurichten, um eine Verknüpfung mit der Städtepolitik auf lokaler Ebene sicherzustellen, technische Hilfe zu gewährleisten und die Schaffung thematischer Gemeinschaften und den Austausch bewährter thematischer Verfahren zu erleichtern. Dies sollte in enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Ausschuss der Regionen erfolgen.

## 2. **Hintergrund**

- 2.1 Am 26. November 2021 nahmen die für Stadtentwicklung zuständigen Ministerinnen und Minister der EU das Abkommen von Ljubljana und sein mehrjähriges Arbeitsprogramm an, mit dem eine neue Phase der EU-Städteagenda eingeleitet wird. Dieses Dokument enthält konkrete Schritte zur Erneuerung der Städteagenda mit dem gemeinsamen Ziel, sie wirksamer und effizienter zu gestalten. Das mehrjährige Arbeitsprogramm ergänzt die politische Erklärung und umfasst die operativen Parameter, die Arbeitsmethode und die Schritte für die Umsetzung der nächsten Phase dieser Multi-Level-Governance- und Multi-Stakeholder-Initiative.
- 2.2 Die 14 Schwerpunktthemen<sup>1</sup> der EU-Städteagenda gelten weiterhin: Integration von Migranten und Flüchtlingen, Luftqualität, städtische Armut, Wohnraum, Kreislaufwirtschaft, Arbeitsplätze und Kompetenzen in der lokalen Wirtschaft, Klimaanpassung (einschließlich grüner Infrastrukturlösungen), Energiewende, nachhaltige Landnutzung und naturbasierte Lösungen, urbane Mobilität, innovatives und verantwortungsbewusstes öffentliches Beschaffungswesen, Kultur und Kulturerbe sowie Sicherheit im öffentlichen Raum.
- 2.3 Mit dem Abkommen von Ljubljana kommen die folgenden vier Themen zu dieser Prioritätenliste hinzu: gleichberechtigtes Zusammenleben, Lebensmittel, Ökologisierung der Städte und nachhaltiger Tourismus. Diese wurden im Wege der gemeinsamen Gestaltung hinzugefügt und mit der neuen Leipzig-Charta, der EU-Politik, weiteren neuen Stadtentwicklungstrends und dem Bedarf der Städte verknüpft.
- 2.4 Der künftige tschechische EU-Ratsvorsitz hat den EWSA ersucht, zu prüfen, wie sich die Änderungen, die sich aus dem neuen Abkommen von Ljubljana ergeben, auf die Bildung neuer thematischer Partnerschaften auswirken könnten. An zwei der vier in Ljubljana vereinbarten

---

<sup>1</sup> [https://ec.europa.eu/regional\\_policy/de/policy/themes/urban-development/agenda](https://ec.europa.eu/regional_policy/de/policy/themes/urban-development/agenda).

Themen wird während des tschechischen EU-Ratsvorsitzes weitergearbeitet: Ökologisierung der Städte und nachhaltiger Tourismus.

### 3. **Allgemeine Bemerkungen**

- 3.1 Der EWSA unterstützt nachdrücklich die im Abkommen von Ljubljana enthaltenen Erklärungen zur EU-Städteagenda und begrüßt insbesondere die starke Konzentration auf Partnerschaften sowie auf Multi-Level- und Multi-Stakeholder-Konzepte bei der Stadtentwicklung.
- 3.2 Gleichzeitig unterstützt er die Fortführung und Weiterentwicklung der EU-Städteagenda unter uneingeschränkter Achtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit. Außerdem sollte der Grundsatz der Zusätzlichkeit auf lokaler Ebene sorgfältig angewandt werden.
- 3.3 Der EWSA begrüßt, dass im Abkommen von Ljubljana die Bedeutung und die Rolle des EWSA bei der Unterstützung der EU-Städteagenda anerkannt werden. Wie im mehrjährigen Arbeitsprogramm für die EU-Städteagenda festgestellt, ist der EWSA in der Lage und willens, einen Beitrag zur Territorialität der Entwicklung, Partnerschaften, wirtschaftlichen und sozialen Aspekten der Stadtentwicklung sowie der Verbreitung der EU-Städtepolitik zu leisten und diese zu unterstützen.
- 3.4 Die Vielfalt, Komplexität und Nachhaltigkeit der Stadtentwicklungspolitik erfordern Multi-Level- und Multi-Stakeholder-Konzepte, bei denen Partnerschaften im Vordergrund stehen. Im Abkommen von Ljubljana wird die Bedeutung von Partnerschaften für besseres Wissen anerkannt. Thematische Partnerschaften sollten zu konkreten und nachhaltigen Maßnahmen und Ergebnissen führen, die über die Partnerschaften selbst hinausreichen. Dabei gilt es, stets zu prüfen, ob die Ergebnisse nicht auf andere Regionen, Städte oder Sektoren übertragen werden können. Die territoriale Verteilung dieser Möglichkeiten sollte überwacht werden. Die Städte sollten mit entsprechenden Anreizen motiviert werden, europäische Entwicklungsmöglichkeiten zu nutzen und auf EU-Ebene aktiv zu sein.
- 3.5 Die Vielfalt der Städte und ihrer Entwicklungspolitik lässt sich nur schwer steuern. Für dieses Problem gibt es derzeit keine allgemeine Lösung in der Stadtentwicklungspolitik der EU. Es bedarf eines maßgeschneiderten Ansatzes, bei dem die Potenziale der Partnerschaften, der Zivilgesellschaft und der Sozialpartner erschlossen werden. Bei Lösungen für künftige Entwicklungsstrategien gilt es, unterschiedliche Perspektiven, Fachwissen und Disziplinen einzubeziehen. In seiner Stellungnahme zur „Neufassung der Territorialen Agenda der EU, der Leipzig-Charta und der EU-Städteagenda“<sup>2</sup> empfiehlt der EWSA, für die jeweiligen Gebietsarten unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips die am besten geeigneten Förderinstrumente einzusetzen. Dies wird in Risikoregionen zur Verringerung von Unterversorgung, Rückstand und Isolierung führen.
- 3.6 Bei der Finanzierung ihrer nachhaltigen Entwicklung sollte für einen fairen Wettbewerb zwischen allen Arten von Städten, d. h. für einen gleichberechtigten Zugang zu Finanzmitteln

---

<sup>2</sup> [ABl. C 429 vom 11.12.2020, S. 145.](#)

für kleine und mittlere Städte, gesorgt werden. Auch das Wettbewerbsprinzip sollte an diese Situation angepasst und stets berücksichtigt werden.

- 3.7 Ein neues Element im Abkommen von Ljubljana ist die Ex-ante-Bewertung von Themen. Mit diesen Bewertungen soll ein pragmatischer, wirksamer und ergebnisorientierter Ansatz verfolgt werden, um die Wirkung künftiger Ergebnisse der EU-Städteagenda zu erhöhen. Zudem sind dadurch maßgeschneiderte Auswahlkriterien für Partner möglich. Der EWSA empfiehlt den Akteuren der Städtepolitik bei künftigen thematischen Partnerschaften immer auf den Austausch bewährter Verfahren, auch mit Blick auf Partnerschafts- und Kooperationsmodelle, zu achten.
- 3.8 Für die Umsetzung der Aktionspläne thematischer Partnerschaften gilt es, mit EU-Mitteln und öffentlichen Geldern finanzierte maßgeschneiderte Instrumente zu schaffen. Es sollte – insbesondere für kleine und mittlere Städte und Organisationen – eine maßgeschneiderte Unterstützung (Finanzierungsinstrumente, Finanzhilfen und Fonds) angeboten werden, um die effiziente Umsetzung der thematischen Partnerschaft sicherzustellen. Zudem sollte der Zugang zu dieser Unterstützung fair sein, damit kleine Organisationen bzw. Städte nicht zurückgelassen werden.
- 3.9 Instrumente wie integrierte territoriale Investitionen und von der örtlichen Bevölkerung betriebene lokale Entwicklung sind äußerst erfolgreich und sollten auf der Grundlage stabiler und vorhersehbarer Durchführungsmechanismen weiterhin eingesetzt und ausgebaut werden. Der EWSA macht darauf aufmerksam, dass auch ein integrierter Ansatz möglich ist<sup>3</sup>, bei dem im Interesse sowohl der territorialen als auch der Stadtentwicklung und vorbehaltlich demokratischer Kontrolle, eines transparenten Regierungshandelns und Rechenschaftspflicht öffentliche und private Finanzmittel kombiniert werden können, um die Kapazitäten zu vergrößern und die Risiken zu verteilen.
- 3.10 Bei der Bewältigung von Herausforderungen im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung sollten stets auch Innovationen im Blick sein. Es wird empfohlen, den Zugang zu Innovationen sowie die gemeinsame Nutzung und großmaßstäbliche Umsetzung von Innovationsideen bereichsübergreifend in die Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2021–2027 und in Partnerschaftsvereinbarungen auf der Ebene der Mitgliedstaaten aufzunehmen. Die Erprobung neuer relevanter und innovativer Lösungen sollte, vor allem in Bereichen wie Technologien 4.0, Industrie 5.0 oder Web3-Technologien sowie soziale Innovation, nicht vernachlässigt werden. Der Europäischen Stadtinitiative kommt beim Kapazitätsaufbau und der Unterstützung innovativer Maßnahmen eine wichtige Rolle zu.
- 3.11 Marginalisierte Regionen und Städte und die dort lebenden benachteiligten Bevölkerungsgruppen sollten mit dem Ziel, die Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger zu verbessern, ein ständiges Anliegen der Entwicklungspolitik sein. Auch die Bekämpfung der Armut sollte hohe Priorität haben. Der Zugang zu hochwertiger und inklusiver Bildung, Sozialleistungen, Gesundheitsversorgung und anderen öffentlichen Dienstleistungen ist von

---

<sup>3</sup> Siehe Stellungnahme des EWSA „Neufassung der Territorialen Agenda der EU, der Leipzig-Charta und der EU-Städteagenda“, [ABl. C 429 vom 11.12.2020, S. 145](#).

entscheidender Bedeutung, um eine faire Erholung der Städte nach der Pandemie zu gewährleisten. Bei der Entwicklung und Umsetzung thematischer Partnerschaften sollten schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen in den Städten, insbesondere u. a. ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, Minderheiten, Einwanderer, Flüchtlinge sowie sozial, wirtschaftlich und kulturell benachteiligte Gruppen, besonders berücksichtigt werden. Ihre Einbeziehung sollte durch Kapazitätsaufbau im Rahmen des Prozesses sichergestellt werden. Der EWSA empfiehlt nachdrücklich, den Abbau neuer Formen sozialer, wirtschaftlicher, ökologischer und territorialer Ungleichheiten zu einer Priorität zu machen. Dafür ist eine gerechte und vielgestaltige Einbeziehung der verschiedenen Interessenträger zu gewährleisten.

- 3.12 Im Abkommen von Ljubljana wurden der Bedarf an organisatorischer und fachlicher Unterstützung sowie ein gewisser Unterstützungsbedarf für kleinere Städte ermittelt. Da die EU-Städteagenda nach wie vor eine informelle und freiwillige Initiative ist, sollten die Mitglieder auch zur Unterstützung der Partnerschaften und zur Umsetzung der Maßnahmen beitragen. Nach Auffassung des EWSA sollte bei der im Rahmen der Partnerschaften erforderlichen technischen Unterstützung auch auf die Nachhaltigkeit der Endergebnisse der Partnerschaften geachtet werden. Neben der Erhebung von Daten und ihrer Nutzung für evidenzbasierte Investitionen sollte auch kontinuierlich ein verstärkter, integrierter und partizipatorischer Ansatz in Betracht gezogen werden.
- 3.13 Dennoch sind vorhersehbare und finanziell unterstützte Mechanismen, mit denen die europäischen Strategien in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden, sowie eine angemessene Finanzierung auf lokaler Ebene für die Behörden kleiner und mittlerer Städte und deren kontinuierliche Einbeziehung in die Städteagenda unabdingbar. Auch bei der Umsetzung thematischer Partnerschaften sollte dieser Grundsatz sorgfältig angewandt werden.
- 3.14 Die Kohäsionspolitik bietet eine Vielzahl von Instrumenten für eine nachhaltige Stadtentwicklung im Programmplanungszeitraum 2021–2027. Im Rahmen des neuen politischen Ziels 5 „Ein bürgernäheres Europa“ sollen spezifische Instrumente für die Umsetzung lokaler Entwicklungsstrategien in Städten und Gemeinden aller Größenordnungen entwickelt werden. Die Mindestzweckbindung von EFRE-Mitteln in den einzelnen Mitgliedstaaten für Prioritäten und Projekte, die von den Städten auf der Grundlage dieser Strategien ausgewählt werden, wurde von 5 % auf 8 % erhöht. Darüber hinaus wurde die Europäische Stadtinitiative ins Leben gerufen, um Städten kohärentere Unterstützung zu bieten. Der EWSA empfiehlt, kontinuierlich mehr Möglichkeiten für thematische Partnerschaften auf lokaler Ebene zu schaffen und alle relevanten Interessenträger, einschließlich des EWSA, einzubeziehen. In Zukunft könnte die Zweckbindung von Mitteln für die nachhaltige Stadtentwicklung höher ausfallen.
- 3.15 Aufgrund der zunehmenden Volatilität und der vielfältigen Risiken müssen thematische Partnerschaften dazu beitragen, die Resilienz und Reaktionsfähigkeit bei asymmetrischen Schocks wie COVID-19 und vergleichbaren Situationen zu stärken. Der entsetzliche Krieg in der Ukraine beeinträchtigt die Stadtentwicklung in den Grenzländern. Thematische Partnerschaften sollten an kurzfristige Krisen angepasst und mit langfristigen strategischen Ansätzen gekoppelt werden.

#### 4. **Besondere Bemerkungen**

- 4.1 Nach Ansicht des EWSA müssen die Kriterien für die Auswahl von Partnern für die thematischen Partnerschaften spezifiziert werden. Beim Auswahlverfahren sollte die Möglichkeit, die Sozialpartner und zivilgesellschaftlichen Organisationen neben den städtischen Behörden in diesen Prozess einzubinden, nicht vernachlässigt werden. Das gilt auch für jene Organisationen, die schutzbedürftige Gruppen, wie ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, Minderheiten, Einwanderer, Flüchtlinge sowie sozial, wirtschaftlich und kulturell benachteiligte Gruppen vertreten. Diese sollten ermutigt und dazu angehalten werden, sich an Partnerschaften im Rahmen der EU-Städteagenda zu beteiligen.
- 4.2 Laut dem Pakt von Amsterdam gehört der EWSA zu seinen Interessenträgern und er wird aufgefordert, im Rahmen seiner Zuständigkeiten einen Beitrag zur Weiterentwicklung der EU-Städteagenda zu leisten. Die Gültigkeit dieses Pakts wurde im Umsetzungsdokument zur neuen Leipzig-Charta und im Abkommen von Ljubljana bekräftigt. Dem EWSA sollte in der EU-Städteagenda und im Abkommen von Ljubljana eine größere Rolle zukommen. Der EWSA ist ein wichtiger europäischer Interessenträger, der für die wirtschaftlichen und sozialen Parameter von Entwicklungsstrategien verantwortlich ist und dank seiner Fähigkeiten, seines Fachwissens und seiner Legitimität einen Beitrag zu den drei Säulen des Abkommens von Ljubljana – bessere Finanzierung, bessere Rechtsetzung und besseres Wissen – leisten kann. Die Rolle des EWSA sollte im Abkommen von Ljubljana offiziell anerkannt werden und in den wichtigsten Leitungsgremien des Abkommens von Ljubljana berücksichtigt werden. Er sollte sowohl in der Gruppe für städtische Entwicklung als auch in der technischen Vorbereitungsgruppe für die Städteagenda vertreten sein und in die Sitzung der Generaldirektoren zum Thema städtische Fragen einbezogen werden.
- 4.3 Nach Auffassung des EWSA sollten künftige thematische Partnerschaften Themen wie partizipative Demokratie, Ökonomie des Wohlergehens in Städten und Stadt-Land-Verbindungen<sup>4</sup> umfassen, die mit dem im strategischen Rahmen der EU verwendeten Konzept der territorialen Entwicklung in Einklang stehen. Der EWSA empfiehlt, eine eindeutige Verknüpfung zwischen dem Verfahren zur Auswahl der Partner, der Themenauswahl und den Nachhaltigkeitszielen einerseits und den Beiträgen der Partnerschaft zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele andererseits sicherzustellen.
- 4.4 Künftig könnten thematische Partnerschaften in thematischen Clustern, bestehenden thematischen Netzen und Netzen zur Entwicklung maßgeschneiderter und ortsbezogener Lösungen für Städte organisiert werden. Dabei gilt es, einen verbesserten Zugang zu den Netzen, insbesondere für kleine und mittlere Städte, im Auge zu behalten. Die Städte sollten im Zentrum des Bottom-up-Ansatzes der thematischen Partnerschaften stehen, um Synergien zwischen den Gegebenheiten vor Ort und bereits bestehenden thematischen Partnerschaften zu gewährleisten.

---

4

Siehe die Initiativstellungnahme des EWSA „Eine ganzheitliche Strategie für nachhaltige ländliche und städtische Entwicklung“, [ABl. C 105 vom 4.3.2022, S. 49](#).



- 4.5 Der bei den thematischen Partnerschaften genutzte Konsultationsprozess sollte alle Formen des Dialogs und der Konsultation, wie den sozialen Dialog, den Bürgerdialog und den zivilgesellschaftlichen Dialog, umfassen und alle Arten zivilgesellschaftlicher Interessenträger, wie die Sozialpartner, NRO und die Bürgerschaft, einbeziehen.
- 4.6 Der EWSA schlägt vor, gemeinsam mit der Kommission und anderen einschlägigen Interessenträgern ein Sekretariat für thematische Partnerschaften einzurichten, um diese zu unterstützen, die Verknüpfung mit der Städtepolitik auf lokaler Ebene sicherzustellen, technische Hilfe zu gewährleisten sowie die Schaffung thematischer Gemeinschaften und den Austausch bewährter thematischer Verfahren zu erleichtern. Es sollten ausreichende Ressourcen bereitgestellt werden, um eine effiziente Verwaltung und wirksame thematische Partnerschaften – insbesondere zur Umsetzung der Aktionspläne – zu ermöglichen.
- 4.7 Der EWSA empfiehlt, die EU-Städteagenda und die Kohäsionspolitik enger miteinander zu verknüpfen. Obwohl es sich um zwei getrennte Strategien und Initiativen mit unterschiedlichen Zielen und Rahmenbedingungen handelt, dürften Synergien bestehen, insbesondere bei der Plattform für den Wissensaustausch<sup>5</sup> und den Kapitalisierungsmaßnahmen, die im Rahmen der Europäischen Stadtinitiative entwickelt werden sollen. Bestehende Maßnahmen zur Umsetzung der thematischen Partnerschaften könnten in den operationellen Programmen, in den verschiedenen Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen oder in den Kriterien für die Projektbewertung aufgeführt werden. Die Ergebnisse der Arbeit der thematischen Partnerschaft sollten in die Planung der neuen operationellen Programme im Kohäsionsbereich einfließen.
- 4.8 Die auf lokaler Ebene umgesetzte Städtepolitik und die EU-Politik, insbesondere die Kohäsionspolitik, müssen kohärenter sein und stärker ineinandergreifen. Es bedarf miteinander verknüpfter Instrumente für eine kohärentere Unterstützung der Städte im Rahmen der Kohäsionspolitik. Außerdem ist eine sektorübergreifende und interinstitutionelle Zusammenarbeit und Integration auf strategischer und operativer Ebene erforderlich. Zudem muss die regionale Wettbewerbsfähigkeit durch Komplementarität von städtischen und ländlichen Gebieten und durch einen starken sozialen Zusammenhalt im Rahmen der Kohäsionspolitik 2021-2027 ergänzt werden.
- 4.9 Arbeitsbedingungen, berufliche Planungssicherheit sowie Zugang zu hochwertigen Arbeitsplätzen, Chancen und angemessenen Löhnen sind wichtige Variablen für eine faire und gerechte Stadtentwicklung. Diese Variablen sollten bereichsübergreifend im Rahmen der Ökologisierung der Städte, der Nachhaltigkeit der Lebensmittelversorgungskette, der Kreislaufwirtschaft und des nachhaltigen Tourismus angegangen werden. Investitionen in die Menschen sollten eine der obersten Prioritäten der Entwicklungsstrategien bleiben. Fairer Zugang und Chancengleichheit sowie die Fähigkeit zur Wahrnehmung der Grundrechte sind für den Erfolg thematischer Partnerschaften unabdingbar.
- 4.10 Aufgrund der Konzentration der Ressourcen und des Bedarfs in städtischen Gebieten sollte im Rahmen des Europäischen Semesters ein individuellerer Ansatz für die Wirksamkeit der

---

<sup>5</sup> [https://ec.europa.eu/info/research-and-innovation/strategy/strategy-2020-2024/our-digital-future/era/knowledge-exchange-platform-kep\\_de](https://ec.europa.eu/info/research-and-innovation/strategy/strategy-2020-2024/our-digital-future/era/knowledge-exchange-platform-kep_de).

Stadtentwicklungspolitik verfolgt werden, damit keine Menschen oder Gebiete zurückgelassen werden. Die Kohärenz mit anderen europäischen Instrumenten wie der europäischen Säule sozialer Rechte gilt es dabei stets im Blick zu behalten.

- 4.11 Es sind mehr und mehr sehr komplexe Entwicklungsstrategien und -projekte gefragt. Der EWSA schlägt vor, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften für diese Arten von Investitionen die Kapazitäten in den Bereichen Bürgerbeteiligung, strategische Vorausschau und Vorbereitung auf verschiedene Szenarien, strategische Planung und öffentliche Investitionen erhöhen. Nur so ist eine erfolgreiche nachhaltige Entwicklung der europäischen Städte möglich, die den Menschen wieder zentrale Bedeutung gibt. Dabei sollten der Datenkonvergenz aus verschiedenen Partnerschaften und dem Zugang zu Daten über offene Datenplattformen zusammen mit dem elektronischen Rechtsverkehr und digitaler Demokratie Rechnung getragen werden.

Brüssel, den 21. September 2022

Christa SCHWENG

Präsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

---